

# Integration: Nachholbedarf

**MIPEX 2015** Luxemburg auf Platz 15 von 38 Ländern

Der europäische Integrationsindex Mipex bzw. dessen aktuelle Resultate wurden gestern gemeinsam von ASTI und Wirtschafts- und Sozialrat präsentiert.

Seit 2007 wird mit diesem Instrument die Integrationspolitik in den 28 EU-Staaten sowie in Australien, Kanada, Island, Japan, Südkorea, Neuseeland, Norwegen, der Schweiz, der Türkei und den USA gemessen. Der nationale Partner in Luxemburg ist die ASTI. Insgesamt werden 167 Parameter zur Festlegung des Indexes bewertet.

Luxemburg schnitt bei der Erhebung 2015 auf Platz 15 ab, dies mit 57 Punkten von 100 möglichen.

Acht Felder werden im Rahmen der Studie untersucht, als da sind die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, die Ausbildung, die politische Beteiligung, der Zugang zur Nationalität, die Familienzusammenführung, die Gesundheit, das permanente Wohnrecht und die Anti-Diskriminierungspolitik.

Finanziert werden die Mipex-Studien von der Europäischen Union.

Die Studie hält für Luxemburg u.a. fest, dass das Land den größten Ausländeranteil aller entwickelten Demokratien hat, dass



Während der gestrigen Vorstellung des Index in den CES-Räumen

auch prozentual die größte Zahl von diplomierten Immigranten im Land lebt und dass die Beschäftigungszahlen den Immigranten entgegenkommen.

Rückblickend erhielt Luxemburg im Jahr 2010 zwei Pluspunkte bei der Studie; dies wegen des aktiven und passiven kommunalen Wahlrechtes und der neu geschaffenen Ausländerräte.

Die Reform des Nationalitätengesetzes war ebenso wie die Immigration über EU-Normen bereits 2008 jeweils 5 Punkte wert.

Allerdings stellt die Studie auch fest, dass eine ganze Reihe von Ungerechtigkeiten verbleiben, u.a. ein demokratisches Defizit (die Demokratie auf nationaler Ebene sei die exklusivste aller

entwickelten Länder, heißt es u.a.).

Auch die Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Arbeitsstellen, die hohe soziale Konzentration in den verschiedenen Bildungswegen, die immer noch bestehenden Diskriminierungen werden in der Mipex-Studie 2015 bemängelt.

r.s.

## Nordstraße: Feuchtgebiete und neuer Wald

Der Ministerrat, der gestern zusammenkam, beschäftigte sich u.a. mit zusätzlichen Kompensierungsmaßnahmen im Rahmen der Nordstraße, die im Herbst dieses Jahres eröffnet werden soll.

Hier gab es noch Defizite im Verhältnis zu den legal vorgeschriebenen Naturschutzauflagen. So werden weitere 11,6 Hektar neu bewaldet, 30,7 Hektar werden anstelle von abgeholzten Flächen bepflanzt, 26,7 Hektar werden als Feuchtgebiete im Alzettetal neu angelegt und 23,8 Hektar sind zur Anlegung von natürlichen Lebensgebieten im Mamertal vorgesehen.

### „Grüne Klimastiftung“

Die Regierungsmitglieder tauschten sich gestern weiter über die internationale Klimafinanzierung FCI („Financement climatique international“) aus. Luxemburg beteiligt sich hieran mit 120 Millionen Euro (Periode 2014 bis 2020). In diesem Zusammenhang ist eine jährliche Beteiligung von 5 Millionen an der grünen Stiftung für das Klima vorgesehen.

Weiter hat der Ministerrat den Jahresbericht der SNCI („Société nationale de crédit et d'investissement“) angenommen und die Besetzung und Arbeitsweise einer Arbeitsgruppe festgehalten, die das Leitprogramm der Landesplanung ausarbeiten soll.

r.s.

## Ein verbindliches Klimaabkommen über 2020 hinaus

**GREENPEACE** Forderungen an Luxemburger EU-Präsidentschaft

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace fordert von der Luxemburger EU-Präsidentschaft einen Einsatz für langfristige verbindliche Klimaziele.

Unter dem Vorsitz Luxemburgs werden die europäischen Umweltminister die Vorbereitungen für die internationale Klimakonferenz vom 30. November bis zum 11. Dezember in Paris abschließen.

Dort, wo Luxemburg auch die Europäische Union offiziell vertreten wird, soll sich das Land für ein juristisch verbindliches Ab-

kommen zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf unter zwei Grad über das Jahr 2020 hinaus einsetzen, so die Forderung von Greenpeace.

Wie im Oktober 2014 festgehalten, will sich die EU im Bereich der erneuerbaren Energien für eine Zielsetzung von 27% Anteil bis zum Jahre 2030 einsetzen.

Allerdings gelte diese Zielsetzung allgemein für die ganze EU, ohne für die einzelnen Länder verbindliche Ziele vorzugeben. Hier müsste es unter Luxemburger Präsidentschaft zu Garantien seitens der einzelnen Ländern kommen.

In Sachen genveränderte Pflanzen bedauert Greenpeace, dass die EU-Kommission ihre Befugnisse nicht einschränken will, obwohl Kommissionspräsident Juncker dies zugesagt habe.

### Genmodifizierte Organismen

Immer noch könne die Kommission, auch gegen den Willen von nationalen Regierungen und des Europaparlaments, genmodifizierte Organismen zulassen. Selbst wenn die Länder diese auf

nationaler Ebene dann wieder verbieten könnten, bedeute dies ein Wortbruch des Kommissionspräsidenten.

Die Luxemburger Präsidentschaft müsse sich dafür einsetzen, dass Länder und Parlament die Kommission besser kontrollieren könnten. Generell sei darauf zu achten, dass die Kommission im Rahmen der Neuverhandlung des Abkommens über die institutionelle Zusammenarbeit nicht versuche, ihre Position wieder zu stärken.

Parlament und Rat müssten Entscheidungen der Kommission umändern können. SeK

## Ravarani geht nach Straßburg



Foto: Universität Luxemburg

Georges Ravarani

Der bisherige Präsident des Verwaltungsgerichts in Luxemburg, Georges Ravarani, wird Richter am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

Der Jurist Georges Ravarani zieht es nach Straßburg. Der bisherige Präsident des Verwaltungsgerichts in Luxemburg wird Richter am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR), heißt es am Mittwoch in einer Mitteilung der Regierung.

Ravarani wird seinen neuen Job am 1. November 2015 für neun Jahre antreten. Er wird in die Fußstapfen seines Vorgängers in Straßburg, Dean Spielmann, treten. Spielmann arbeitet seit 2004 als Richter am EGMR.

Der Gerichtshof ist die wichtigste Institution des Europarates. Seine Urteile haben in den letzten Jahrzehnten in Europa zunehmend Beachtung gefunden. Sie haben in vielen europäischen Staaten zu grundlegenden Rechtsänderungen geführt.

Tageblatt.lu

## UNEL bietet Hansen Nachhilfe an

**STUDENTEN** TNS-Ilres-Umfrage sorgt für Ärger

„Wenn 25 Prozent der Studierenden sagen, dass sie in einer prekären Situation sind, dann finden wir es unverschämt vom Ministerium, zu behaupten, es wäre alles in Ordnung.“ Mit dieser Aussage macht die UNEL ihren Frust gegenüber Marc Hansen deutlich.

Die Studentenorganisation und der Staatssekretär interpretieren eine Meinungsumfrage von TNS Ilres über die Lebenssituation der Studierenden auf zwei verschiedene Weisen.

Laut der UNEL will das Bildungsministerium das Zahlenmaterial „nicht konstruktiv nutzen, sondern sich einzelne Durchschnittszahlen aus der Studie raussuchen, um die Studienbeihilfenreform zu legitimieren“.



Foto: Fabrizio Pizzolante

Staatssekretär Marc Hansen

Besonders der vom Bildungsministerium hervorgehobene Durchschnittswert der finanziel-

len Situation der Studierenden wird von der UNEL kritisiert. Laut Sarah Diderich, Sprecherin

der Studentenorganisation, zeigt eine genaue Analyse des Zahlenmaterials, dass „vor allem Studierende, die zusätzlich finanziell stark von ihren Eltern unterstützt werden, mit ihrem Geld gut auskommen. Das sind logischerweise auch Studierende, deren Familien es finanziell sehr gut geht. Studierende aus Familien, denen es finanziell weniger gut geht, haben dagegen zum Teil massive Probleme, trotz Nebenjob und Sozialbeihilfe, sich ein Studium zu leisten. Dieses Beispiel zeigt, dass ein Durchschnittswert nichts aussagt. Man muss die Ergebnisse differenziert betrachten.“

Die UNEL teilt letztlich mit, dass sie bereit sei, „eine differenzierte Analyse der Umfrage“ für das Ministerium zu übernehmen.

dvv